

## **Flexibilität und Sicherheit – der Mensch muss im Zentrum stehen**

### **Bischof Ludwig Schwarz SDB**

Sehr geehrter Herr Kommissar Figel, sehr geehrter Herr Kommissar Špidla,  
sehr geehrte Damen und Herren aus den Generaldirektionen der Europäischen Union,  
sehr geehrte Damen und Herren der KEK, der COMECE,  
sehr geehrter Herr Caritas-Präsident,  
sehr geehrte Vertreter der Ordensgemeinschaften, humanitärer und anderer Organisationen!

Es ist mir eine große Freude und Auszeichnung, im Rahmen einer so bedeutenden Zusammenkunft zu Ihnen zu sprechen. Ich möchte eingangs darauf hinweisen, dass es der katholischen Kirche – ich glaube, ich darf sagen: dass es uns christlichen Kirchen allen gemeinsam – ein besonderes Anliegen ist, diesen Dialog mit den Organen der Europäischen Union zu führen. Ich danke der Kommission sehr für diesen regelmäßigen Dialog, und natürlich danke ich besonders herzlich allen die ihn vorbereiten und organisieren, die Themen auswählen und auf kirchlicher und auf Seiten der Kommission Expertenarbeit leisten – viele sind ja heute anwesend!

Dieser Dialog ist uns christlichen Kirchen besonders in allen Fragen wichtig, in denen die europäische Politik gemeinsame Entscheidungen und Gestaltungen verantworten müssen, die mit der Würde des Menschen, seiner besonderen Stellung und Aufgabe einen engen Zusammenhang haben. Das Christentum erkennt in jedem Menschen das Abbild Gottes, das zur Erlösung berufen ist. Jeder Mensch stellt vor Gott als *Person* einen großen Wert dar; daher verlangt die Zuwendung und Liebe zu allen Menschen von uns eine besondere Aufmerksamkeit für jene, die zu kurz kommen. Papst Johannes Paul II. hat diese Grundmaxime christlicher Sozialmoral die „vorrangige Option für die Armen“ genannt.

Man muss nicht lange einleiten, dass sich in unserem reichen Europa eine bewundernswerte wirtschaftliche Prosperität, große Fortschritte in Forschung und Entwicklung und andere Errungenschaften ausgebreitet haben. Gleichzeitig mehren sich in den letzten Jahren die Sorgen darüber, dass in all dem Überfluss, in dem wir in Europa insgesamt leben, und dessentwegen wir wohl auch in der Welt bewundert werden, die Verteilung nicht zufrieden stellend funktioniert. Wie ist es möglich, mitten in all dem Fortschritt und dem Überfluss des Wohlstandes, dass Millionen von Menschen ohne menschenwürdige Arbeit, ohne ausreichendes Einkommen, ohne menschenwürdige Wohnung, ohne Zugang zu den notwendigen Dingen des Lebens dastehen? Ich spreche hier nicht von der Not in den so genannten „Entwicklungs“-Ländern des Südens, sondern von den wachsenden Armutszonen und Armutsmilieus mitten im reichen Europa. Die Glaubwürdigkeit und die Werte Europas stehen in dieser Frage auf dem Spiel. Ein Europa, das reich und wettbewerbsfähig ist, aber seine eigene Bevölkerung nicht in menschenwürdigen Bedingungen – auch materiell – leben lässt, wird kein Vorbild in der Entwicklung der Welt sein können. Und es wird wohl auch nicht die Zustimmung und Akzeptanz seiner Bürger haben.

Es bedarf auch keiner langen Begründung dafür, dass die heutige soziale Not und die Probleme der Verteilung der Güter in Europa wesentlich mit der Verteilung der vorhandenen Einkommen aus Erwerbsarbeit und mit der Quantität und Qualität der Arbeitsplätze zusammen hängen. Mit dem Begriff „Flexicurity“ ist ein Doppelbegriff als Thema vorgegeben, der sich aus „Flexibilität“ (flexibility) und „Sicherheit“ (security) zusammensetzt und andeutet, das eine gegen das andere einzutauschen, oder aus beidem einen gelungenen Kompromiss zum allseitigen Vorteil zu schaffen. Mehr Menschen sollen in soziale Sicherheit gebracht werden, oder es soll ihnen zu einem Einkommen aus Erwerbsarbeit verholfen werden, in dem eine neue, jetzt noch nicht praktizierte Flexibilität geschaffen wird. (Es darf ja nicht vergessen werden, dass in den vergangenen Jahrzehnten bereits enorme, früher nicht gekannte „Flexibilitäten“ von den Menschen aufgebracht werden.)

Wie kann und soll Flexibilität im Wirtschafts- und Arbeitsleben, und in der sozialen Sicherheit aussehen, wo liegen ihre sinnvollen Grenzen, damit das, was versprochen wird, auch tatsächlich erreicht werden kann? Mit dieser Frage – vor dem Hintergrund der wachsenden Armut und Ungleichheit in Europa, auf dem Boden der gemeinsamen Werte und der Würde des Menschen – werden sich meine folgenden Ausführungen befassen.

In seiner 1981 veröffentlichten Enzyklika „*Laborem Exercens*“ hebt Papst Johannes Paul II. hervor, dass die menschliche Arbeit „Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage“ generell ist. Arbeit wird nicht nur wegen des von ihr vermittelten Einkommens, von dem der moderne Mensch existenziell abhängig ist, sondern auch schon vor aller Bezahlung als wesentlicher Lebensinhalt gesehen. In der Arbeit ergreift der Mensch die Chance, sich in der Welt gegenständlich zu machen, in der Welt seine Spuren zu hinterlassen. Wer arbeitslos ist, leidet nicht nur wegen des Einkommensverlustes. Selbst bei einer maximalen Arbeitslosenversicherung, die dem Arbeitslosen das verdiente Entgelt dauerhaft völlig ersetzen würde, wäre Arbeitslosigkeit ein Schicksalsschlag. Wer arbeitslos wird, leidet daran, nicht gebraucht zu werden. Arbeitslosigkeit bedeutet heute in Europa für Millionen von Menschen eine existenzielle Erschütterung, materiell, weil sie und ihre Kinder oft bitterer Armut ausgesetzt sind, aber auch dort, wo die Arbeitslosigkeit durch gute Sozialversicherungen gemildert wird, können wir beobachten, dass die betroffenen Menschen psychisch und gesundheitlich zu leiden beginnen. Eine Studie der Universität Linz (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik) hat 2006 in Österreich erhoben, dass 60 % aller Arbeitslosen unter mangelndem Selbstwertgefühl leiden, und dass bei ihnen viele somatische und seelische Krankheiten häufiger auftreten, die Suizid-Rate z.B. 8x so hoch ist wie in der übrigen Gesellschaft.

Der Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit in der modernen Welt ist in der Perspektive der Enzyklika *Laborem Exercens* so zu bewerten: „Der Mensch soll sich die Erde untertan machen, soll sie beherrschen, da er als „Abbild Gottes“ eine Person ist, das heißt ein subjekthaftes Wesen, das imstande ist, auf geordnete und überlegte Weise zu handeln, fähig, über sich zu entscheiden, und auf Selbstverwirklichung ausgerichtet. Als Person ist der Mensch daher Subjekt der Arbeit. Als Person arbeitet er und vollzieht die verschiedenen Schritte des Arbeitsganges, die unabhängig von ihrem objektiven Gehalt alle zur Verwirklichung seines Menschseins dienen, zur Erfüllung der ihm eben aufgrund seines

Menschseins eigenen Berufung zum Personsein.“ (Johannes Paul II., Enzyklika *Laborem Exercens*, I/6, Nr. 2). Daraus folgert der Papst, dass das Kapital der Sachwert, das Objekt, der Mensch, der tätig ist, jedoch das Subjekt ist, dem moralisch und von der Bewertung her der Vorrang zukommt. In der Beurteilung von „*Flexibilität*“ (flexibility) und „*Sicherheit*“ (security) soll daher dieser Vorrang zum Ausdruck kommen.

Wir arbeiten nicht nur, um etwas zu verdienen, sondern um sinnvoll und wirksam unserer Berufung in der Welt nachzukommen. Wir gestalten die Welt und machen sie um das Produkt unserer Leistung besser. Natürlich sollen solche grundlegenden Einsichten nicht dazu verleiten, das Unbequeme und Mühselige des Arbeitsprozesses zu vergessen und von einer falschen Idylle der Arbeit auszugehen. Sie sollen im Gegenteil klar machen, dass durch die Mühseligkeiten hindurch in der Arbeit Sinn vermittelt und das Leben gestaltet werden kann. Es ist aber auch auf die Rahmenbedingungen zu achten. Sklavenarbeit, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, menschenunwürdige Entlohnung, Ausnutzung der Armut der Menschen, die in einer Art Erpressung dazu gezwungen werden können, quasi alle Bedingungen zu akzeptieren um nur einen allzu schlechten Lohn zu verdienen, all das sind Umstände, die von der Seite der Gesetzgebung zu regulieren und auszuschließen sind. Leider haben wir in Europa heute viele verdeckte, „neue“ Formen solcher Arbeitsverhältnisse: „Schein-Selbständigkeit“, Versicherungslosigkeit bei Bau-Nebengewerbe-Arbeitern, Migrantenarbeit und viele Formen von „stundenweiser“ und „prekärer“ Beschäftigung, bei der die Menschen als das Existenzminimum weniger verdienen etc.

„*Flexibilität*“ (flexibility) ist zu begrüßen, wenn sie einerseits dem Menschen und seiner Würde entspricht, also in Maßen und in zumutbarer, dem Leben zuträglicher (und zum Beispiel Kinder- und Familiengerechter) Form stattfindet. Keinesfalls soll „*Flexibilität*“ (flexibility) den Menschen in Erpressungssituationen bringen, unter unwürdigen oder unfairen Bedingungen (Sklavenähnliche Arbeit, sogenannte „1 Euro-Jobs“ ...), alles annehmen zu müssen, um nicht einer grausamen Armut unterworfen zu werden. In Österreich geht man z.B. dazu über, den Menschen immer weitere Wege zuzumuten um irgendwo einer Arbeit nachgehen zu können. Für manche Menschen ist das vielleicht ein zumutbarer Weg, aber in vielen Fällen sind Ehepartner und Kinder betroffen. Wie „*flexibel*“ muss der Mensch in geografischer Hinsicht werden? Familien sollten nicht auseinander gerissen, Menschen nicht gegen ihren Willen aus ihren Lebenszusammenhängen gelöst werden, jedenfalls nicht unter dem ökonomischen Sachzwang, der nicht der oberste Wert ist.

Auf der anderen Seite ist dafür zu sorgen, dass „*Sicherheit*“ (security) nicht nur ein leeres Versprechen bleibt, um den Menschen die Zustimmung zur „*Flexibilität*“ (flexibility) abzurufen. Wie „*sicher*“ wird das soziale Leben, wenn die Menschen das Wagnis einer heute ohnehin steigenden Lebensflexibilität auf sich nehmen? Wo werden tragfähige Beziehungen, Kinderfreundlichkeit, Menschenwürde abgesichert – zum Beispiel in den in Schweden und Dänemark vorgelebten Beispielen der „*Flexicurity*“? Wenn darunter die tatsächliche längerfristige ökonomische Unterstützung von Arbeitslosen gemeint ist, so ist unbedingt ein positives Signal anzuerkennen. Es ist zweifellos so, dass arbeitslose Menschen, die stark unterstützt werden und in ihrem Lebensstandard keine schweren Einschnitte erfahren, leichter

wieder in neue Arbeit vermittelt werden können. Wir sollten aber nicht glauben, dass die bloße Verkürzung einer Kündigungsfrist schon neue Arbeitsplätze schafft. Sie schafft aber Angst, Abhängigkeit und müsste daher in andere Garantien der sozialen Sicherheit eingebettet sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, dass die COMECE am 5.4.2007 eine Stellungnahme (contribution) zum „Green Paper“ („Modernising labour law to meet challenges of the 21st century“, 22.11.2006) der Kommission abgegeben hat, die in allen Punkten zu bekräftigen ist. Ebenso danke ich der Kommission „Kirche und Gesellschaft“ (Church and Society Commission) der KEK für ihre hiezu abgegebene Stellungnahme (contribution) vom 30.3.2007.

2003 haben alle christlichen Kirchen Österreichs ein gemeinsames „*Ökumenisches Sozialwort*“ veröffentlicht, in dem sie zu den wesentlichen Fragen des guten Zusammenlebens, zu Arbeit und Wirtschaft, zu sozialer Gerechtigkeit, Umwelt und Zukunftsfähigkeit, zu Familie, Kindern und zum Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen ebenso Stellung nehmen wie zur internationalen Fragen einer gerechten Entwicklung und zur Schaffung von Frieden auf der Welt.

In diesem *Ökumenischen Sozialwort* wird eine Kampagne für „gute Arbeit“ unterstützt, die von der Katholischen Arbeitnehmer/innen-Bewegung Österreichs ausgegangen ist und sich um Arbeitsplätze in qualitativ guter, menschen- und familiengerechter Art, für gerechte Bezahlung und eine faire Teilung der vorhandenen Arbeit und des Einkommens einsetzt. Das *Ökumenische Sozialwort* regt auch die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen an. Als Qualitätskriterien für „gute Arbeit“ nennt das Dokument „Gesundheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zumutbare Arbeitszeiten, realistische Mobilitätsanforderungen“ (*Ökumenisches Sozialwort*, Nr. 170). „Die Kirchen erwarten von den politisch Verantwortlichen, ihre Arbeitsmarktpolitik auf den Erhalt und die Neuschaffung guter, menschengerechter, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze auszurichten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Arbeitsplätze für junge Menschen zu richten. ... Die Kirchen unterstützen alle Bemühungen, Frauen am Arbeitsmarkt dieselben Chancen einzuräumen wie Männern. Sie treten ein für gleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit. Gleichzeitig unterstützen sie Bemühungen, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu teilen.“ (*Ökumenisches Sozialwort*, Nr. 182 und 184).

Ein besonderes Anliegen ist an herausgehobener Stelle zu betonen: Der Wert des *freien Sonntages*, als einer kulturellen Errungenschaft, die eng mit der Geschichte Europas verbunden ist. Es gehört nicht nur zur Würde des arbeitenden Menschen, dass er genügend Freizeit zu seiner Erholung und für seine anderen wichtigen Aufgaben hat, sondern, dass *gemeinsame* Freizeit erst dem Leben in seinen Beziehungen zu anderen Menschen seine volle Würde gibt. Die christlichen Kirchen Österreichs setzen sich seit über 10 Jahren in einer parteiübergreifenden „Allianz für den freien Sonntag“ mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kulturschaffenden und vielen anderen für dieses wertvolle Kulturgut ein. Ich appelliere an Sie alle, sich dafür einzusetzen, dass nicht eine falsch verstandene „*Flexibilität*“ (flexibility) auch diesen Lebensbereich „individualisiert“. Der Mensch ist von seiner Erschaffung her nicht als Einzelwesen, sondern auf Gemeinschaft hin angelegt. Er ist gewissermaßen

„dazu da, für einander da zu sein“. Der arbeitsfreie Sonntag (nur mit den wirklich unvermeidlichen Ausnahmen) bringt diese Würde des Menschen jede Woche in unser Leben zurück, auch wenn sie uns zwischendurch verloren gehen sollte.

„*Flexibilität*“ (flexibility) und „*Sicherheit*“ (security) von hoher Qualität werden wir nur gemeinsam erreichen können, wenn wir dafür sorgen, dass niemand aus Gründen der Arbeit, der Arbeitslosigkeit oder einer ihm aufgezwungenen Arbeit (unter der Androhung des Entzuges der sozialen Versorgung) in existenzielle Not gerät. Heute ist dies leider in vielen Fällen der Fall. Gute „*Flexibilität*“ (flexibility) und „*Sicherheit*“ (security) lässt uns über den Charakter unseres Arbeitslebens insgesamt nachdenken: wir leben in einem Europa großer Widersprüche, die es aufzulösen gilt. Wir haben nämlich gleichzeitig mit einer übergroßen Arbeitslosigkeit ein ganz gegensätzliches Problem: das der Überlastung durch Arbeit. Die allgegenwärtige Verdichtung der Leistung macht den Menschen manchmal fast zur Maschine, bis er eben mit 40, 50 Jahren, eigentlich noch nicht alt, gesundheitlich oder psychisch zusammenbricht. Überstunden, Leistungsstress, die „Rationalisierung“ von Pausen und menschlichen Unterbrechungen der Arbeit haben sich weit verbreitet. Millionen von Menschen leiden an ernstesten Krankheiten aufgrund von Stress, Überbelastung, Arbeitsüberforderung. Gleichzeitig leiden andere Millionen daran, dass ihre Arbeitskraft nicht gebraucht wird.

Es geht also nicht nur darum, wie man künstlich neue – nicht notwendige – Arbeit generieren soll, damit die Menschen etwas zu tun haben und etwas verdienen, sondern um eine Umverteilung der Arbeit. In Österreich haben wir im Jahresdurchschnitt statistisch etwa 250.000 Arbeitslose (die Dunkelziffer ist wesentlich höher). Aber gleichzeitig werden pro Jahr so viele Überstunden gearbeitet, dass sie, bei Umverteilung auf andere Personen – rechnerisch – 200.000 zusätzliche volle Arbeitsplätze (40 Stunden pro Woche) ausmachen würden. Natürlich lässt sich eine solche Umverteilung nicht 1:1 realisieren, ohne auf die konkreten Personen zu achten. „*Flexibilität*“ (flexibility) und „*Sicherheit*“ (security) im positiven Verständnis muss bedeuten, dass politisch mehr für eine Umqualifizierung der arbeitslosen Menschen geleistet wird, sowie dass Überstunden unattraktiv, steuerlich belastet und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse steuerlich günstiger gestaltet wird.

Nicht alle dazu notwendigen Schritte liegen in der Zuständigkeit der EU. Vieles muss in den Mitgliedsstaaten, anderes in den Betrieben oder in sozialen Organisationen geleistet werden. Insbesondere ersuchen wir die Staaten sowie die Organe der EU daran zu arbeiten, dass die steuerliche Belastung von menschlicher Arbeit schrittweise weg- und auf andere Faktoren hinverlagert wird: auf den Verbrauch von Ressourcen und Energie, auf Produktivität oder den Gewinn aus Spekulation, insbesondere auf alle Produktionsfaktoren, die die Umwelt beeinträchtigen. (Vgl. *Ökumenisches Sozialwort*, Nr. 192.206).

Das *Ökumenische Sozialwort* – unterstützt von der österreichischen Bischofskonferenz und den Synoden aller anderen christlichen Kirchen in Österreich – hat eine spezielle wirtschaftspolitische Aufforderung an die Politiker Europas formuliert: „Die Kirchen fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich für gemeinschaftliche EU-Regelungen einzusetzen, um den für alle schädlichen

Standortwettbewerb in Bezug auf Steuern, soziale und ökologische Regelungen durch Kooperation einzudämmen.“ (*Ökumenisches Sozialwort*, Nr. 204). Damit ist natürlich auch eine harmonisierte europäische Steuer- und Sozialpolitik gemeint. Eine Konkurrenz der Staaten als „Billiganbieter“ im Sozialen ist zu stoppen, Länder mit höheren sozialen Sicherheiten haben Vorbildfunktion.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gestaltung des Arbeitslebens stellt uns in Europa vor große Herausforderungen, die nicht nur mit einfachen Antworten zu bewältigen sind. Wir müssen dabei bedenken, dass diese Entscheidungen das Leben fast aller Menschen gravierend betreffen. Eine falsch verstandene „*Flexibilität*“ (flexibility) kann ungeheures Leid zur Folge haben, Menschen entwurzeln, Familien zerstören, die Zukunft von Kindern und die Glaubwürdigkeit Europas als eines Kontinentes, in dem der Mensch als Person geachtet wird, schwer schädigen.

Europa sollte sich noch mehr dafür stark machen, dass die Staaten ihre sozialen Sicherungssysteme nicht aushöhlen und so ein neues Elendsproletariat schaffen. Für die Zukunftsfähigkeit Europas ist diese Aufgabe mindestens so entscheidend wie die Bemühungen um ausgeglichene Staatshaushalte. Wenn wirtschaftliche Reformen nicht wirklich Armut beseitigen, sondern immer mehr Menschen in prekäre Arbeitssituationen zwingen oder ihnen alle Unterstützung entziehen, dann werden auch die sozialen Folgekosten, die Qualität der wirtschaftlichen Produktion und die öffentliche Sicherheit darunter leiden.

Eine letzte Sicherheit haben wir Menschen niemals – das ist christlicher Glaube – auf Grund von Wirtschaft und Politik. Wir können aber aus dem Reichtum unseres Glaubens die Erfahrung mitbringen, dass es dem Menschen dann gut geht, wenn ihm die Sicherheit des *Mitmenschen* ein hoher Wert ist. Europa hat aus dem Elend des Kapitalismus im 19. Jahrhundert die Lehre gezogen, dass *gemeinschaftliche*, soziale Anstrengungen, allen genug zukommen zu lassen, ihren Wert für alle haben und die gemeinsame „*Sicherheit*“ (security) erhöhen. „Flexicurity“ kann dann ein Erfolg werden, wenn sie in ein hohes Maß an Sorge für die betroffenen Menschen, in großzügige wirtschaftliche Absicherung und faire Berücksichtigung der Grenzen der „*Flexibilität*“ (flexibility) eingebettet ist.

Ich danke allen Anwesenden für ihre Bemühungen, die sie in diesem Anliegen unternehmen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!